



# HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2014

Plenum

## **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Flüchtlingsstrom erfordert Flüchtlingsgipfel**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt nach Hessen kommen, unserer uneingeschränkten Solidarität und Hilfe bedürfen.
2. Der Landtag stellt fest, dass sowohl die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen als auch die Städte, Kreise und Kommunen vor großen logistischen, integrativen und finanziellen Problemen stehen.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Bewältigung der Aufgabe, diesen Flüchtlingen ein zügiges Aufnahmeverfahren, eine menschenwürdige Unterkunft und eine Eingliederung in unsere Gesellschaft zu ermöglichen, ein Aufgabe darstellt, die alle verantwortlichen Akteure in Politik und Verwaltung, aber auch die sozialen Einrichtungen, die Kirchen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger in ganz Hessen betrifft.
4. Der Landtag stellt fest, dass es daher angebracht ist, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch mit allen Vertretern der Gesellschaft gemeinsam zu besprechen und ein Konzept zu entwickeln, das jetzt und auch in Zukunft trägt.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Flüchtlingsgipfel einzuberufen, der alle Verantwortlichen und Beteiligten mit der Lösung der logistischen, integrativen und finanziellen Herausforderungen betraut, mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept mit verbindlichen Mindeststandards zu erarbeiten. Zum Auftakt eines Flüchtlingsgipfels ist eine Anhörung durchzuführen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zusammen mit den Städten, Kreisen und Kommunen ein Integrationskonzept zu erarbeiten, das den Flüchtlingen eine schnelle Integration über Sprache, Ausbildung und Arbeitsaufnahme ermöglicht.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den sozialen Einrichtungen, den Kirchen und den ehrenamtlichen Unterstützern ein Konzept zu entwickeln, das die Flüchtlinge unter Berücksichtigung ihrer Fluchterlebnisse und ihres religiösen und kulturellen Hintergrundes bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ein Programm zu erarbeiten, das ihre Verteilung über ganz Hessen beendet und ihren besonderen Bedürfnissen hinsichtlich Wohnen, Betreuung, Beratung, Traumabehandlung, Schulbesuch und Ausbildungsplatz gerecht wird.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren ein Konzept zu entwickeln, das die hessischen Bürgerinnen und Bürger in den Integrationsprozess der Flüchtlinge einbindet und mitnimmt.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen einer eigenen Initiative im Bundesrat eine Anpassung aller relevanten bundesrechtlichen Vorschriften, insbesondere im Baugesetzbuch und in der Baunutzungsverordnung, zu beantragen, um bestehende bürokratische Beschränkungen und Hindernisse auszuräumen und damit die Unterbringung von Flüchtlingen zu verbessern bzw. zu beschleunigen. Des Weiteren fordert der Landtag die Landesregierung auf, zusammen mit Städten, Kreisen und Kommunen zu er-

örtern, welche Möglichkeiten zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen bereits zum jetzigen Zeitpunkt im Rahmen des bestehenden Bauplanungsrechts bestehen, die durch entsprechendes Verwaltungshandeln ausgeschöpft werden können.

11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Städte, Kreise und Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben uneingeschränkt und verantwortungsvoll wahrnehmen können.

**Begründung:**

Der Zustrom an Flüchtlingen hat die Aufnahmekapazitäten der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) überschritten. Die Verteilung der Flüchtlinge in die Landkreise und Kommunen stockt und gestaltet sich zunehmend schwierig. Der Grund hierfür liegt nicht nur in der unzureichenden personellen Besetzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, sondern auch im Mangel an geeigneten Unterkünften in den hessischen Kommunen.

Die Aufstellung von Zelten sollte als Notbehelf möglichst schnell beendet werden. Andere, auch ungewöhnliche Unterbringungsmöglichkeiten sollten geprüft und unbürokratisch umgesetzt werden.

Bis zum Jahresende wird mit einer weiteren Zuweisung von 1.300 Flüchtlingen pro Monat gerechnet, sofern es nicht zu weiteren kriegesischen Eskalationen in den bisherigen oder anderen Weltregionen kommt. Diese logistische Herausforderung zieht eine integrative, aber auch finanzielle nach sich. Die Größenordnung dieser Herausforderungen erfordert eine landesweite Bündelung aller damit befassten Kräfte, um ein stringentes Konzept zu entwickeln, das jetzt und auch in Zukunft trägt. Dies kann nur durch das umgehende Einberufen eines Flüchtlingsgipfels geleistet werden, der alle involvierten Akteure an einen Verhandlungstisch bittet und zügig einen Masterplan entwickelt, der alle Maßnahmen sinnvoll miteinander verknüpft. Der Arbeitsauftrag dieses Flüchtlingsgipfels sollte lauten: den Flüchtlingen gerecht werden, Städte und Kommunen unterstützen, Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

Wiesbaden, 16. September 2014

Der stellv. Fraktionsvorsitzende:  
**Lenders**